

Politikberatung ist Interessenvertretung – Interessenvertretung ist unverzichtbarer Teil der parlamentarischen De- mokratie

Dominik Meier

Politikberatung und Politikmanagement sind in Deutschland immer noch weitgehend unbekannte Berufsfelder. Die öffentliche Wahrnehmung reduziert sich dabei oft auf primär mediale Wahlkampfberatung oder auf überwiegend akademische Beratungsleistungen von öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen. Dabei wandelt sich die Politikberatungsszene in Deutschland schon seit Jahren. So zeichnet sich beispielsweise immer deutlicher eine Nachfrage nach einem individuellen Lobbying ab, was die Nachfrage nach externer Politikberatung steigen lässt. Politiker und Parteien öffnen sich zunehmend für externe Beratungskompetenz, aber auch Unternehmen und Verbände sind an strategischer Politikberatung interessiert, um sich und ihre Interessen besser vermitteln zu können.

Politikberater sind erst einmal Mittler zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Die traditionelle Unterscheidung zwischen »wissenschaftlicher« und »praktischer (lobbyistischer)« Politikberatung lässt sich nicht mehr halten. Politikberatung ist letztlich Interessenvertretung. Politikberatung bezeichnet die Beratung von Entscheidungsträgern, die politisch legitimierte Macht ausüben. Egal ob Wissenschaftler oder politische Kampagnenexperten beraten, sie beraten, um zu beeinflussen.

Politik durchdringt den gesamten gesellschaftlichen Raum. Daher finden sich Politikberater als Vertreter von Interessen in allen Bereichen der Wirtschaft und Zivilgesellschaft wieder. In Stiftungen, Instituten, Parteien, NGOs, Gewerkschaften, Kirchen, in Verbänden und Vereinen, Selbsthilfegruppen und Bürgerinitiativen, um nur eine Auswahl zu nennen.

Politikberatung als Interessenvertretung lebt von Transparenz und hat sich als Teil des politischen Entscheidungsprozesses zu rechtfertigen. Dies gelingt nicht immer. Einige Beispiele :

- Getarnte Lobbyarbeit: Auftreten in der Öffentlichkeit als »neutrale« Initiative, die die dahinter steckenden Auftraggeber und ihre Interessen nicht offiziell benennt;
- Doppelte Rollenfunktion: Journalisten, die zugleich als PR-Berater auftreten und Artikel zu auftragsrelevanten Fragen publizieren;
- Beeinflussung der Politik: Parlamentarier, die zwischen übertragenem politischen Mandat und Beratungsmandat von Dritten nicht trennen;
- Abhängigkeit von Interessengruppen: Patientenorganisationen, die von Unternehmen beeinflusst werden;
- Irreführung der Öffentlichkeit: Online-Kampagnen, die in PR-Abteilungen Bürgerbriefe entstehen lassen usw.

Diese Fehlentwicklungen dürfen nicht davon ablenken, dass Politikberatung als Interessenvertretung ein Kernbestandteil von Demokratie und des demokratischen Systems darstellt. Der Kampf um Ideen, Interessen und Inhalte ist die Lebensader einer Demokratie. Interessenvertretung ist daher in jeder Demokratie ein konstituierender Bestandteil des politischen Systems. Viele Akteure nehmen heute gleichberechtigt an der politischen Willensbildung teil. Dazu gehören NGOs, Kirchen, Gewerkschaften und natürlich auch Unternehmen. Keine dieser Organisationen ist demokratisch legitimiert, jede von ihnen vertritt Partikularinteressen. Sie erhalten ihr politisches Gewicht durch die faktische Bedeutung der Akteure – sei es durch die wirtschaftliche Bedeutung, die moralische Reputation, die organisierten Mitglieder oder die Klientelbedeutung für bestimmte Parteien.

In einer pluralistisch verfassten Demokratie wird Konkurrenz der Interessen nur durch die Entscheidung der (gewählten) Mehrheit entschieden. Die gewählten Mandatsträger suchen den Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen, wägen ab, bewerten und entscheiden.

Die demokratisch legitimierten Entscheidungsträger haben ein Recht darauf von jedem Politikberater zu wissen, wer für welche Einrichtung zu welchem Thema öffentlich spricht. Eine Demokratie darf die Verschleierung des Absenders von Botschaften oder Interessen nicht dulden. Dies schließt auch ein kritisches Maß an Selbstreflexion von jedem Politikberater ein, zu erkennen, dass er selbst als Interessenvertreter tätig ist.

Der verantwortungsvolle Umgang mit Macht braucht Spielregeln. Dies trifft verstärkt auf Interessenvertreter zu. Die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung (degepol) hat derartige Spielregeln für die politische Berater-szene in Deutschland verfasst. degepol setzt sich für höhere ethische Standards und Verhaltensregeln für Politikberater ein.

Die Mitglieder der degepol erkennen den degepol-Verhaltenskodex bereits mit dem Eintritt als verbindlich an, Verstöße gegen diese Richtlinien werden geahndet und können bis zum Ausschluss aus der degepol führen. Wir setzen uns zudem für die Einführung eines verbindlichen Lobbyistenregisters für alle obersten und oberen Bundesbehörden ein.

Die degepol ist außerdem eine von vier Trägerorganisation des Deutschen Rates für Public Relations (DRPR), einem Organ der freiwilligen Selbstkontrolle der PR-Branche, das ähnlich dem Deutschen Presserat agiert und schwarze Schafe zur Rechenschaft zieht.

Zusammengefasst: Damit die für das politische System konstituierenden Rollen nicht gänzlich verschwimmen, müssen in diesem System für alle Akteure zwei klare Grundsätze gelten:

Transparenz:

Jeder Akteur hat in diesem System jederzeit deutlich zu machen, ob er Interessenvertreter ist, wessen Interessen er vertritt und in welchem Auftrag er agiert.

Vermeidung von Interessenkonflikten:

Das Überschreiten der Rollengrenzen führt immer zu institutionellen Interessenkonflikten und muss daher ein absolutes Tabu sein. In ihrer Summe unterminieren diese das gesamte System. Wer Politiker ist, darf kein Lobbyvertreter sein.

Autor

Dominik Meier ist Soziologe und seit 2002 Vorsitzender der von ihm initiierten Deutschen Gesellschaft für Politikberatung (degepol). Dominik Meier ist Teilhaber einer Agentur für Politikberatung und Public Affairs mit Sitz in Berlin und Brüssel. Er ist zudem Mitglied der European Association of Political Consultants (EAPC).

Adresse

degepol – Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V.

Reinhardtstraße 25

D-10117 Berlin

Telefon: (0 30) 28 04 03 03

E-Mail: info@degepol.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de